

Vorlage-Nr.: **1000-2017/DaDi**
 Aktenzeichen: 413-013
 Fachbereich: Fraktion der Freie Wähler - Piraten
 Prochaska, Karl-Heinz
 Beteiligungen:
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Eingespielte Flüchtlingsbetreuung - Antrag FW-PP**

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg verlängert vorerst für diejenigen Gemeinden, die eine Fortsetzung der Betreuung der bei ihnen untergebrachten Flüchtlinge durch das Diakonische Werk (DW) bzw. den Sozialkritischen Arbeitskreis (SKA) ausdrücklich wünschen, die bestehenden Verträge mit dem DW bzw. SKA.

Begründung:

Problem:

Die Betreuung von Flüchtlingen liegt oftmals zu großen Teilen in den Händen ehrenamtlich Tätiger. Diese sind vor Ort engagiert und kennen die lokalen Verhältnisse besonders gut. Die Verwaltung ist ebenfalls tätig, sie engagiert oft mit finanziellem Einsatz weitere Hilfe. Dies erfolgt im Landkreis Darmstadt-Dieburg in zahlreichen Kommunen durch die Beauftragung des Diakonischen Werkes (DW) bzw. des Sozialkritischen Arbeitskreises (SKA). Diese Institutionen leisten durch geschultes und den Sprachen der Flüchtlinge kundiges Personal vor Ort oft ganz hervorragende Arbeit. Die Qualität dieser Arbeit kann indes vor allem von den vor Ort engagierten ehrenamtlichen Helfern hinreichend beurteilt werden.

Mithin bestehen oft gut aufeinander abgestimmte Teams aus bezahltem Personal und ehrenamtlichen Helfern mit den damit verbundenen Synergieeffekten. Als problematisch wird es daher in einigen Kommunen gesehen, diese Zusammenarbeit auf dem Dienstweg und ohne besondere Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse zu kündigen. Damit, so heißt es, werde auch dem ehrenamtlichen Engagement die gegenwärtige Arbeitsgrundlage entzogen.

Lösung:

Die Beauftragungen von öffentlicher Hilfe werden immer mit den inzwischen regelmäßig gut organisierten ehrenamtlichen Hilfsinitiativen vor Ort abgesprochen. Dabei ist auf die konkreten Verhältnisse vor Ort besondere Rücksicht zu nehmen. Soweit die lokalen Initiativen eine reibungslose Zusammenarbeit mit eingespielten Institutionen ausdrücklich wünschen, sollte diese Kooperation bestehen bleiben.

Kosten:

Es entstehen zwar Kosten für die weitere Beauftragung der bewährten Institutionen. Diese dürften aber durch die erbrachten und durch die konkrete Arbeit unter Beweis gestellten Gegenleistungen mindestens aufgewogen werden.